



Sachstand

Deutschlands Haltung gegenüber den Staaten des Westbalkans und die europäische Perspektive

Deutschlands Haltung gegenüber den Staaten des Westbalkans und die europäische Perspektive

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 168/18
Abschluss der Arbeit: 19. November 2018
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 1. | Einleitung | 4 |
| 2. | Ziele, Sachstand und Perspektiven des „Berliner Prozesses“ | 6 |
| 3. | Positionierungen der Bundesregierung gegenüber den Beitrittsbestrebungen der Westbalkanstaaten zur EU | 11 |
| 4. | Beitrittsperspektiven der Westbalkanstaaten zur NATO | 18 |
| 5. | Die Beziehungen Griechenlands zu den Staaten des Westbalkans | 19 |

1. Einleitung

Westbalkan ist ein im EU-Sprachgebrauch verwendeter politischer Sammelbegriff für Albanien und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens: Bosnien und Herzegowina¹, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie das Kosovo. Ausgeschlossen von dieser Bezeichnung sind Slowenien und Kroatien, die der EU beigetreten sind (2004 bzw. 2013). Auf dem EU-Gipfel im Dezember 1998 eingeführt, sollte der Begriff diejenigen südosteuropäischen Staaten markieren, deren Beitritt beim Gipfel im Juni 2003 in Porto Carras bei Thessaloniki als nächstes strategisches Erweiterungsziel der EU festgelegt worden ist.²

Albanien stellte im Jahr 2009 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft und erhielt im Juni 2014 den Kandidatenstatus. Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen wurde in den Schlussfolgerungen des Rates der EU vom 26. Juni 2018 für Juni 2019 in Aussicht genommen. Bedingungen sind allerdings Reformen im Rechtssystem und die Bekämpfung der Korruption sowie der organisierten Kriminalität. Im Juli 2018 startete die Europäische Kommission das Screening-Verfahren zur Vorbereitung von Beitrittsverhandlungen.

Mazedonien bewarb sich im Jahr 2004 um eine EU-Mitgliedschaft und hat seit Dezember 2005 Kandidatenstatus. Die wiederholt von der Europäischen Kommission empfohlene Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wurde bis zur Unterzeichnung des Abkommens mit Griechenland zur Namensfrage am 17. Juni 2018 durch diesen Konflikt blockiert. Auch in diesem Fall stellte der Rat der EU am 26. Juni 2018 die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen für Juni 2019 in Aussicht. Bedingungen sind weitere konkrete Fortschritte im Reformprozess sowie greifbare Ergebnisse bei der Korruptionsbekämpfung. Im Juli 2018 startete die Europäische Kommission hier ebenfalls das Screening-Verfahren.

Montenegro bewarb sich im Jahr 2008 um die Mitgliedschaft in der EU, erhielt 2010 den Kandidatenstatus und steht seit 2012 in Beitrittsverhandlungen. Im Falle von

Serbien, das 2009 einen Antrag stellte und 2012 den Kandidatenstatus erhielt, laufen die Beitrittsverhandlungen seit 2014.

1 Bosnien und Herzegowina ist die amtliche Bezeichnung des Staates. Die nicht-amtliche oder umgangssprachliche Bezeichnung Bosnien-Herzegowina wird in der internationalen Politik nur noch von wenigen Staaten wie Frankreich verwendet (la Bosnie-Herzégovine). Siehe Auswärtiges Amt: Länderverzeichnis für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland, Stand: 12.10.2018, S. 24; <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/215256/0b1139c47aaaed260824e88c5b9f7c0b/laenderverzeichnis-data.pdf> (letzter Zugriff: 19.11.2018).

2 Camelia E. Ratiu: Balkangovernance, in: Georg Simonis/Helmut Elbers (Hg.), Externe EU-Governance. Wiesbaden 2011, S. 135-162, hier S. 135, Wim van Meurs, Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2003; <http://www.bpb.de/apuz/27760/den-balkan-integrieren?p=all> [letzter Zugriff: 15.11.2018], Vedran Džihic, Verlorene Strahlkraft? Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens zwischen EU, Russland und Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2017; <http://www.bpb.de/apuz/256919/die-nachfolgestaaten-jugoslawiens-zwischen-eu-russland-und-tuerkei> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

Bosnien und Herzegowina sowie der **Kosovo** stellten ihre Anträge 2016. Hierzu liegen noch keine Stellungnahmen der EU vor.³

Auf ihrem Weg in die EU werden die Beitrittskandidaten insbesondere von Angela Merkel unterstützt. Auf dem **Westbalkan-Gipfel am 15. Juli 2014 in Dubrovnik** („Brdo-Brijuni-Gipfel“) sicherte die Bundeskanzlerin ihre dezidierte Unterstützung zu: „**Alle Staaten, die heute hier versammelt sind, haben eine europäische Beitrittsperspektive.**“⁴ Um weitere Reformen innerhalb der jeweiligen Staaten zu ermöglichen, wurden Europäische Partnerschaften als Instrument des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses vereinbart, und darüber hinaus 11,7 Milliarden Euro als Heranführungshilfen zur Verfügung gestellt, die bis 2020 beansprucht werden können. Das Treffen in Dubrovnik war der Auftakt für die **Westbalkan-Konferenzen**, die seit 2014 jährlich stattfinden.⁵

Der **Westbalkan-Prozess** – auch als **Berliner Prozess** bezeichnet – ist ein gemeinsames Vorhaben von 14 europäischen Staaten und der Europäischen Kommission, die auf eine gemeinsame deutsch-britische Initiative anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkriegs zurückgeht. Der Prozess unterstützt die Heranführung der Westbalkan-Staaten an die EU bis zu deren Beitritt ebenso wie die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit. Die Spannbreite reicht hierbei von der Aussöhnung untereinander und der Lösung bilateraler Probleme über die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit, die Konnektivität und wirtschaftliche Entwicklung bis hin zu einer verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung sowie Wissenschaft und der Implementierung eines zwischengesellschaftlichen Dialogs.⁶

Die Bundeskanzlerin betonte schon in Dubrovnik die Notwendigkeit gemeinsamer politischer Überzeugungen zwischen der EU und den Balkanstaaten:

„Ich will noch einmal deutlich machen, dass der Annäherungs- und Beitrittsprozess natürlich den Versuch beinhaltet, sich gemeinsam in den außenpolitischen Fragen zu positionieren, denn wir haben auch eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik.“⁷

Der Prozess entwickelte sich vornehmlich um die **jährlichen Westbalkan-Konferenzen** (Berlin 2014, Wien 2015, Paris 2016, Triest 2017 und London 2018 – 2019 ist Posen vorgesehen), geriet angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise zwischenzeitlich ins Stocken und auch inhaltlich in

3 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

4 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regionale-huerden-gemeinsam-ueberwinden-452508> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

5 Westbalkan-Gipfel: Merkel sichert Beitrittsperspektive zu; 16.7.2014; <https://owc.de/2014/07/16/westbalkan-gipfel-merkel-sichert-beitrittsperspektive-zu/> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

6 Westbalkan-Konferenz – Gemeinsame Wissenschaftskonferenz; <https://www.leopoldina.org/jsc/> [letzter Zugriff: 13.11.2018]

7 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regionale-huerden-gemeinsam-ueberwinden-452508> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

die Kritik.⁸ Nach einer **Erneuerung der EU-Strategie 2017** wurde er 2018 mit neuem Schwung fortgesetzt. Er wird im Folgenden in seinen wesentlichen Abläufen dargestellt, ehe in einem zweiten Schritt die Positionierungen der bundesdeutschen Politik zu den jeweiligen Beitrittsbestrebungen skizziert und in einem weiteren die Beitrittsperspektiven zur NATO dargelegt werden. Abgeschlossen wird diese Arbeit mit einer Übersicht des Verhältnisses von Griechenland zu den Staaten des Westbalkans.

2. Ziele, Sachstand und Perspektiven des „Berliner Prozesses“

Mit der **ersten Westbalkan-Konferenz** („Konferenz zum Westlichen Balkan“) **in Berlin am 28. August 2014**, an der die Regierungschefs, Wirtschafts- und Außenminister der Westbalkanstaaten, Sloweniens und Kroatiens sowie Vertreter der EU teilnahmen, startete Bundeskanzlerin Merkel ihre Initiative, die seither auch als „**Berliner Prozess**“ bezeichnet wird. Alle Staaten des Westlichen Balkans sollten dabei „die Möglichkeit haben, der Europäischen Union beizutreten, wenn sie die Beitrittsvoraussetzungen erfüllen“. Ein rasch verlaufender Beitrittsprozess war dabei der Wunsch aller beteiligten Länder, wurde aber in die Hände der einzelnen Länder gelegt, wo die Bevölkerungen große Erwartungen vor allem hinsichtlich des wirtschaftlichen Fortschritts sowie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hegten.⁹

In der „**Abschlussklärung des Vorsitzes zur Konferenz zum Westlichen Balkan**“ wurde vereinbart, sich binnen der folgenden vier Jahre

„verstärkt um weitere konkrete Fortschritte im Reformprozess, bei der Lösung der offenen bilateralen und innerstaatlichen Fragen sowie bei der Versöhnung innerhalb und zwischen den Gesellschaften in der Region bemühen (zu) wollen. Wir teilen zudem das Anliegen, die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken und Grundlagen für nachhaltiges Wachstum zu legen.“

Dazu beschloss man jährliche Folgekonferenzen, „um die (...) vereinbarte Agenda umzusetzen und mit weiteren konkreten Projekten zu untermauern“. Alle teilnehmenden Staaten erklärten ihre Überzeugung, dass „ihre Zukunft in der Europäischen Union liegt“; die Bundesregierung unterstrich ihrerseits „ausdrücklich ihr Bekenntnis zur europäischen Perspektive der Staaten des Westlichen Balkans“. Die Agenda zählte **klare Ziele und Maßnahmen** dazu auf:

8 Tobias Flessenkemper/Dušan Reljić, EU-Erweiterung: Ein Sechs-Prozent-Ziel für die Westbalkanstaaten; <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/eu-erweiterung-ein-sechs-prozent-ziel-fuer-die-westbalkanstaaten> [letzter Zugriff: 15.11.2018], Norbert Mappes-Niediek, Nach Europa und wieder weg davon. Die Balkanpolitik der EU hat sich unmerklich ins Gegenteil verkehrt, in: Europäische Sicherheit und Technik 10/2018, S. 31-33.

9 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eu-perspektive-fuer-westbalkanstaaten-428388> [letzter Zugriff: 13.11.2018]

➤ **die Intensivierung der regionalen Kooperation als unverzichtbare Grundlage**

- „offene bilaterale Fragen schnellstmöglich zu lösen“,
- „den Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu dynamisieren“
- den Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland beizulegen, und
- den Reformprozesses in Bosnien und Herzegowina wiederzubeleben, sowie
- die regionale Zusammenarbeit bis auf die zivilgesellschaftliche Ebene zu stärken und den länderübergreifenden Austausch vor allem auch der jungen Generation auszubauen.

➤ **Stärkung guter Regierungsführung**

- Verbesserung der Regierungsführung,
- weitere Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität,
- weitere Reformen zur Erhöhung der Rechtssicherheit in ihren Staaten in Angriff zu nehmen, die Unabhängigkeit der Justiz zu bewahren und zu stärken sowie intensiver in regionalen und bilateralen Strukturen grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten,
- Stärkung der Möglichkeiten der Opposition im parlamentarischen Gefüge,
- Beförderung einer politisch aktiven Zivilgesellschaft durch eine pluralistische Medienlandschaft, unabhängige Gewerkschaften und eine von Einflussnahme durch die Politik freie Wirtschaft.

➤ **Steigerung des Wohlstands durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum**

- Schaffung eines positiven Investitionsklimas durch Öffnung der Märkte, Herstellung von Rechtssicherheit und eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Korruption,
- Verstärkung der Anstrengungen zur Überwindung der bestehenden Leistungsbilanzdefizite,
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch regionale Wertschöpfungsketten,
- regionale Zusammenarbeit im Rahmen der Energiegemeinschaft Südosteuropa insbesondere hinsichtlich der Energieversorgungssicherheit, den Energieeffizienzzielen und beim Klimaschutz,
- Schaffung einer Verkehrsgemeinschaft für den Westbalkan durch eine verbesserte logistische Anbindung der Region an die nachfragestarken europäischen Märkte,
- Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur unter verlässlichen Rahmenbedingungen,
- bedarfsgerechte akademische und berufliche Ausbildung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

In diesen Kontexten **erklärte sich Deutschland** bereit

„im Rahmen bestehender Programme zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung zusätzliche Maßnahmen durchzuführen, um die Staaten der Region bei einer möglichst effektiven Nutzung der europäischen Mittel zur Heranführung an die EU aus dem Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA) zu unterstützen“.¹⁰

Bundeskanzlerin **Merkel** unterstrich in diesem Kontext die **Verpflichtung**,

„alles zu tun, damit die Region auf dem Westlichen Balkan zusammenwächst. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass gerade auch durch Infrastrukturprojekte und durch gemeinsame Vorhaben das gemeinsame Verständnis für die Zukunft wachsen wird, denn ohne Kontakte ist das nicht möglich.“¹¹

In den Jahren 2015 und 2016 wurde der Entwicklungsprozess innerhalb der Balkanregion allerdings von der sogenannten Flüchtlingskrise überschattet, wodurch vor allem das Thema der „Bekämpfung der illegalen Migration“ in den Fokus geriet, die es „so weit wie möglich zu stoppen“ galt, wie seinerzeit auch die Bundeskanzlerin nach der Konferenz in Wien 2016 erklärte.¹²

Auf der **dritten Westbalkan-Konferenz in Paris 2016** stand dann jedoch wieder die Zusammenarbeit der Westbalkanstaaten im Vordergrund. Als großer Erfolg galt der Bundesregierung seinerzeit das Abkommen bezüglich des **Balkan-Jugendwerks** in Anlehnung an das Deutsch-Französische Jugendwerk sowie die **Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften** vieler Länder.¹³

Gemeinsam mit anderen EU-Ländern setzte Deutschland auch weiter auf eine Annäherung der sechs Westbalkanstaaten an die Europäische Union. Die Zukunft dieser Staaten liege in der EU, hieß es auch in der **Abschlussklärung der 4. Konferenz zum Westlichen Balkan, die 2017 im italienischen Triest** stattfand. Die Bundesregierung definierte dort, „dass es unsere gemeinsame

10 Abschlussklärung des Vorsitzes zur Konferenz zum Westlichen Balkan, 28.8.2014 in Berlin, Pressemitteilung 288, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/abschlussklaerung-des-vorsitzes-zur-konferenz-zum-westlichen-balkan-28-august-2014-in-berlin-452550> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

11 Im Wortlaut: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Ministerpräsident Rama und EU-Kommissionspräsident Barroso am 28. August 2014 in Berlin; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-ministerpraesident-rama-und-eu-kommissionspraesident-barroso-am-28-august-2014-846734> [letzter Zugriff: 13.11.2018]

12 Merkel beim Westbalkan-Treffen, 24.9.2016; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/illegalitaet-bekampfen-legalitaet-staerken-402316> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

13 Im Wortlaut: Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel zur Konferenz zum Westlichen Balkan am 4. Juli 2016 in Paris (Mitschrift Pressekonferenz); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatement-von-bundeskanzlerin-merkel-zur-konferenz-zum-westlichen-balkan-am-4-juli-2016-845822> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass diese Staaten eine gute Entwicklung nehmen können, dass sie sich Schritt für Schritt auf die Europäische Union hinbewegen können".¹⁴

Wichtiges Ziel dieses Treffens war es, **die regionale Kooperation zu verbessern**. Dazu gehört eine sogenannte **Konnektivitäts-Agenda**. Mit ihrer Hilfe sollten Verbesserungen im Bereich Verkehrs- und IT-Infrastruktur sowie Energieversorgung auf den Weg gebracht werden. Im Fokus standen außerdem der weitere **Aussöhnungsprozess** der Westbalkanstaaten untereinander und die **Unterstützung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformprozesse in den Ländern inklusive der Korruptionsbekämpfung**.¹⁵ Neben der Arbeitssitzung der Staats- und Regierungschefs tagten deswegen zudem die Außen- und Wirtschaftsminister.¹⁶

Auf dem **Westbalkan-Gipfel am 17. Mai 2018 im bulgarischen Sofia** bekräftigte man zwar die Absicht, allen Ländern des Westbalkans schrittweise den Beitritt zur Europäischen Union zu ermöglichen und stellte **erste Beitritte schon bis 2025** in Aussicht. Insbesondere Deutschland und Frankreich äußerten sich allerdings wegen des Datums skeptisch, befürworteten den geplanten Beitritt aller Staaten des Westbalkans aber weiterhin grundsätzlich.¹⁷

Bundesaußenminister Heiko Maas hat dem Projekt Westbalkanerweiterung nicht nur seine Unterstützung zugesagt,¹⁸ sondern präferiert laut seiner Erklärung vom 13. Juni 2018 „ausdrücklich (...) eine konditionierte Eröffnung“ von Gesprächen. Damit kommentierte er die **Empfehlung der EU-Kommission vom 17. April 2018, mit Albanien und Mazedonien Beitrittsverhandlungen aufzunehmen**. Am 28. und 29. Juni 2018 entschied sich der Europäische Rat, mit beiden Ländern formelle Beitrittsgespräche zu beginnen. Der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, erklärte Anfang Juni 2018 die Motive der Bundesregierung dazu mit Blick auf die Gefahr einer Ausdehnung russischer, türkischer und chinesischer Einflussphären auf dem Westbalkan: „Wir haben ein vitales Interesse daran, den westlichen Balkan fest in Europa zu verankern (...).“¹⁹

-
- 14 Merkel auf Westbalkankonferenz: Beitrittsperspektiven bleiben erhalten, 4.7.2016; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/beitrittsperspektiven-bleiben-erhalten-604590> [letzter Zugriff: 14.11.2018]
- 15 Westbalkankonferenz: Zusammen für eine gute Entwicklung sorgen, 12.7.2017; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/zusammen-fuer-eine-gute-entwicklung-sorgen-319742> [letzter Zugriff: 14.11.2018]
- 16 Pressemitteilung 251, 7.7.2017, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundeskanzlerin-merkel-reist-zur-westbalkankonferenz-nach-triest-750658> [letzter Zugriff: 14.11.2018]
- 17 www.bundesregierung.de/Content/DE/Reiseberichte/2018-05-16-eu-westbalkan-gipfel.html [letzter Zugriff: 15.11.2018]
- 18 www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420 [letzter Zugriff: 15.11.2018]
- 19 www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/roth-frankfurter-allgemeine/2102814 [letzter Zugriff: 15.11.2018]. Siehe dazu Sonja Schiffers, Russland, NATO und der Westbalkan: Alarm in Mazedonien?, in: Europäische Sicherheit und Technik 10/2018, S. 34-37, Martin Pabst, Gewachsenener türkischer Einfluss auf dem Balkan. „Starke Männer“ wie Erdoğan und Putin gewinnen an Zustimmung, in: Europäische Sicherheit und Technik 10/2018, S. 38-40.

Entscheidende Voraussetzung für einen Beitritt aber bleibt für die Bundesregierung, dass der betreffende Kandidat alle einschlägigen Beitrittskriterien erfüllt. Damit richtet sich die Möglichkeit des Beitritts allein nach tatsächlichen Fortschritten in der Sache und nicht nach einem festen Termin. Daher wird auch der Europäische Rat voraussichtlich im Sommer 2019 darüber befinden, ob Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien aufgenommen werden. Aus Sicht der Bundesregierung besitzen weiterhin alle Staaten des Westlichen Balkan einschließlich des Kosovo eine europäische Perspektive.²⁰

Bei der 16. Konferenz der Botschafterinnen und Botschafter im Auswärtigen Amt am 27. August 2018 erklärte dazu Bundesaußenminister Maas, Deutschland und Europa müssten

„auch dort mehr Gewicht einbringen (...), wo sich Washington zurückzieht - finanziell, aber vor allem auch politisch. Das gilt insbesondere für Regionen wie den Westlichen Balkan (...), wo wir Europäer bedeutende sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen haben. (...) Europe United heißt, Souveränität dort zu bündeln, wo die Nationalstaaten im Alleingang nicht mehr die Kraft aufbringen, die ein einiges Europa entfalten würde. (...) Wer außer Europa sollte sich dafür einsetzen - im Westbalkan, in Nordafrika oder in der Sahel-Region? Die USA tun es immer weniger, leider. Und Russland oder China nur in der Verfolgung eigener Interessen, die häufig unseren eigenen entgegenstehen.“²¹

Schon am 9. Juli 2018 hatten sich daher neben den Außenministern **auch erstmals die Innenminister der teilnehmenden Staaten getroffen**, nachdem am 4. Juli bereits die Wirtschaftsminister in Wien zusammengekommen waren. Zusätzlich zu den Ministertreffen fand im Vorfeld der Konferenz außerdem vom 2. bis 4. Juli in Berlin eine Tagung zum Thema berufliche Bildung auf dem Balkan statt. Die Bundeskanzlerin hat in diesem Kontext unterstrichen, welche Bedeutung sie dem Ausbau der Beziehungen zwischen den Ländern des Westlichen Balkans beimisst. Dass der Prozess Früchte trüge, ließe sich im Bereich des Infrastrukturausbaus, der Wissenschaftskooperation sowie des Jugendaustausches feststellen. Deutschland und Frankreich machten sich zudem gemeinsam für eine Initiative stark, die den illegalen Besitz, Missbrauch und den Handel von Schusswaffen unterbinden soll.²²

20 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD – Drucksache 19/3446: Geplante EU-Beitritte der Westbalkanstaaten Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Albanien und Kosovo; Deutscher Bundestag Drucksache 19/4090 vom 30.8.2018

21 Bundesaußenminister Heiko Maas, Für eine Allianz der Multilateralisten - „An einem Verwildern der Weltordnung können wir kein Interesse haben“; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-allianz-multilateralisten/2129908> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

22 Im Wortlaut: Regierungspressekonferenz vom 11.7.2018 (Mitschrift Pressekonferenz); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-11-juli-2018-1513530> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

Für die Bundeskanzlerin ist es dabei von erheblicher Bedeutung,

„dass die Jugend noch nicht überzeugt ist, dass sie in den Ländern eine Zukunft hat. Und deshalb müssen wir alles tun, damit die, die weggegangen sind, wieder dort zurückgehen und eine Heimat finden oder dort bleiben, weil sie anknüpfen können an die Zukunft.“²³

Sie begrüßte deswegen ausdrücklich die beschlossenen **neuen Kooperationen im Bereich der Inneren Sicherheit und die Fokussierung des Themas Berufsausbildung**: „Wir wollen dieser Region eine Perspektive bieten.“ Zu den bisherigen Erfolgen zählte sie auch die **drei gemeinsamen Erklärungen der Teilnehmerstaaten von London zu den schwierigen Themen Kriegsverbrechen, Vermisste Personen und Bilaterale Beziehungen in der Region**.²⁴

3. Positionierungen der Bundesregierung gegenüber den Beitrittsbestrebungen der Westbalkanstaaten zur EU

Für die Haltung der Bundesregierung gilt die **Kernaussage der Bundeskanzlerin**:

„Ein friedliches Europa ist auf ein gutes Zusammenleben auch der westlichen Balkanstaaten angewiesen“.. Daher hätten die Staaten des westlichen Balkans zurecht eine europäische Perspektive. Die Beitrittskriterien müssten aber erfüllt sein. Zudem müsse es sichtbare Erfolge geben, vor allem bei den „Möglichkeiten für Menschen, sich zu begegnen“.²⁵

Laut Staatsminister Michael Roth gelte es daher angesichts der von der EU-Kommission am 17. April 2018 empfohlenen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien **„kluge Entscheidungen zu treffen und dabei geopolitische und strategische Fragen ebenso zu berücksichtigen wie unsere Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen“**. Deutschland habe „ein vitales Interesse daran, den westlichen Balkan fest in Europa zu verankern und widerstandsfähig zu machen – sowohl gegen destabilisierende Faktoren im Innern als auch gegen schädliche Einflüsse von außen“. Die EU müsse in der Region sichtbar werden, ihren Einfluss und ihre Gestaltungsmöglichkeiten noch viel stärker nutzen, denn **„jedes politische Vakuum, das wir Europäerinnen und Europäer entstehen lassen, wird unweigerlich von anderen ausgefüllt werden**, die eher an Instabilität interessiert sind und die unser Modell einer demokratischen, wertorientierten und regelbasierten Ordnung in Frage stellen“. Namentlich benannte er China, das in der Region aktiv sei

23 Im Wortlaut: Pressekonferenz zum Westbalkan-Gipfel am 10. Juli 2018 in London (Mitschrift Pressekonferenz); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-zum-westbalkan-gipfel-am-10-juli-2018-1512742> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

24 Westbalkankonferenz: Beziehungen vertiefen - Perspektiven bieten, 11.7.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/beziehungen-vertiefen-perspektiven-bieten-1512740> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

25 Merkel in Sofia: Europäische Nachbarschaft im Blick, 20.1.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/europaeische-nachbarschaft-im-blick-601916> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

und strategische Investitionen vor allem in die Infrastruktur tätige, und Russland, das historisch enge Beziehungen zu den christlich-orthodoxen Ländern pflege und Abhängigkeiten über Energie- und Rüstungslieferungen schaffe. Einige arabische Staaten förderten zudem eine Ausprägung des konservativen Islams, die dem westlich orientierten Islam auf dem Balkan nicht entspreche. Dies widerspreche den deutschen Interessen und deswegen sei trotz großer Fortschritte „noch viel zu tun (...): Alle Länder haben, wenn auch in unterschiedlichem Maße, mit Korruption und organisiertem Verbrechen, Mängeln bei der Regierungsführung und ungelösten regionalen Konflikten zu kämpfen.“²⁶

Für Roth geht es damit **keineswegs „um einen Beitritts-Automatismus, sondern vielmehr um die erste Etappe einer langen Tour“**. Im Schwerpunkt der zu erbringenden Vorleistungen der Beitrittskandidaten stünden nach wie vor „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, (...) Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption“. Bei den Verhandlungen drehe es sich „um die richtige Balance zwischen Ermutigung und klaren Bedingungen“. Der Staatsminister sieht im Westbalkanprozess nichts weniger als einen

„Lackmустest für den dauerhaften Erfolg des europäischen Modells, das Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verknüpft mit Sicherheit und Wohlstand. Gerade letzteres erhoffen sich vor allem die jungen Menschen in den Staaten des Westbalkans. Der seit Jahren laufende Transformationsprozess verlangt ihnen eine ganze Menge ab. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wäre für die Menschen in beiden Ländern ein ermutigendes Signal. Wir sollten ihnen zeigen, dass wir es ernst meinen.“²⁷

Die **neue "Westbalkan-Strategie" der Europäischen Kommission seit Februar 2018** sieht dazu etliche Initiativen vor, mit denen dieser Prozess unterstützt werden soll, nicht zuletzt in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Migration und Sicherheit sowie der Förderung der Aussöhnung in der Region. **Neu an der Strategie sind der noch deutlichere Appell an die Partner, die nötigen Reformen anzugehen, sowie die Orientierungshilfe in Bezug auf die Schritte, die erforderlich sind, um schnellstmöglich auf dem Weg zum EU-Beitritt voranzukommen.** Für Serbien und Montenegro – die beiden Länder, mit denen bereits Beitrittsverhandlungen geführt werden – wird dargelegt, welche Schritte voraussichtlich erforderlich sein werden, um den Beitrittsprozess mit dem Zeithorizont 2025 abzuschließen. Damit will sich die Kommission selbst treu bleiben und den Beitrittsprozess als leistungsbezogenen Vorgang sehen, in dem jeder Staat für sich genommen anhand der eigenen Erfolge beurteilt wird.²⁸

26 Der Westbalkan ist Europas Innenhof, 2.6.2018 - Interview des Staatsministers für Europa Michael Roth, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen; www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/roth-frankfurter-allgemeine/2102814 [letzter Zugriff: 13.11.2018]

27 Ebd.

28 <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/10/conclusion-pec/> [letzter Zugriff: 14.11.2018]. Siehe dazu auch die Entscheidungen des Europäischen Rates bezüglich des Westbalkans; <https://www.consilium.europa.eu/media/24095/09-conclusions-pec-de.pdf> [letzter Zugriff: 14.11.2018], Europäische Kommission – Pressemitteilung, 6.2.2018: Die Strategie für den westlichen Balkan: EU präsentiert Leitinitiativen und Unterstützung für die reformorientierte Region; http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-

Zur Umsetzung der Strategie schlug die Europäische Kommission vor, die Mittelausstattung im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe bis 2020 schrittweise aufzustocken: Allein für 2018 sind bereits 1,07 Mrd. Euro an Heranführungshilfe für die Westlichen Balkanländer vorgesehen – zusätzlich zu den fast 9 Mrd. Euro, die im Zeitraum 2007-2017 bereitgestellt worden sind.²⁹

➤ Albanien

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Albanien wurde am 16. Juni 2006 unterzeichnet und trat am 1. April 2009 in Kraft. Albanien stellte am 28. April 2009 einen EU-Beitrittsantrag und erhielt am 24. Juni 2014 den Kandidatenstatus. Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen wurde in den Schlussfolgerungen des Rats der Europäischen Union vom 26. Juni 2018 für Juni 2019 in Aussicht genommen, sofern Albanien weitere greifbare Reformfortschritte, insbesondere im Justizbereich und bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, vorweisen kann.³⁰

Für die Bundeskanzlerin hat sich der Staat, der seit dem 1. April 2009 Mitglied der NATO ist, „schon einiges sehr hart erarbeitet“, doch sie hat sich dem eigenen Vernehmen nach noch keine abschließende Meinung darüber gebildet, „ob noch einige Dinge zu erledigen sind, ob es bereits genügend Fortschritt gibt“. Jedenfalls seien wichtige Reformvorhaben eingeleitet worden, wie die Überprüfung von mehreren hundert Richtern und Staatsanwälten. Damit wird das Rechtssystem in seiner gesamten Integrität und Verlässlichkeit gestärkt, zumal nun die Überprüfung auch auf die Polizei ausgedehnt werden soll. Trotzdem bleibt für die Bundesregierung „Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen, aber auch Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität“ ein Thema. Das Handlungsvolumen zwischen beiden Staaten ist daher mit 218 Mio. Euro vergleichsweise überschaubar.³¹

➤ Bosnien und Herzegowina

Mit dem Dayton-Abkommen wurde der Krieg in Bosnien und Herzegowina 1995 zwar beendet, dieses sieht jedoch eine komplexe Staatsstruktur mit gesamtstaatlichen Institutionen und zwei Entitäten, der Republika Srpska und der bosnisch-herzegowinischen Föderation, vor. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina wurde am 16. Juni 2008 unterzeichnet und trat am 1. Juni 2015 in Kraft. Im Jahr darauf stellte die Regierung

[561 de.htm](#) [letzter Zugriff: 14.11.2018], sowie European Commission: EU-Western Balkans – Six Flagship Initiatives, May 2018; https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/six-flagship-initiatives-support-transformation-western-balkans_en.pdf [letzter Zugriff: 14.11.2018]

29 Europäische Kommission: Vertretung in Deutschland: Strategie für den Westbalkan: Die Zukunft der Region liegt in der EU, 6.2.2018; https://ec.europa.eu/germany/news/20180206-westbalkan-strategie_de [letzter Zugriff: 14.11.2018]

30 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

31 Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei der Deutsch-Albanischen Wirtschaftskonferenz am 8.7.2015 in Tirana; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-deutsch-albanischen-wirtschaftskonferenz-am-8-juli-2015-605364> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

einen EU-Beitrittsantrag, der im September 2016 an die Europäische Kommission weitergeleitet wurde, wo derzeit eine Stellungnahme erarbeitet wird.³²

Deutschland ist ein wichtiger Partner des Landes und will mit ihm besonders bei der Bekämpfung illegaler Migration künftig noch enger zusammenarbeiten. Die Regierungen beider Staaten sind sich darin einig, dass die territoriale Integrität der Staaten des Westlichen Balkans „unantastbar“ ist und Grenzrevidierungen nicht verhandelbar sind. Bosnien und Herzegowina strebt zwar an, baldmöglichst den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erhalten, dafür müssen allerdings noch zahlreiche Fragen beantwortet werden. Bundeskanzlerin Merkel hat in diesem Zusammenhang „die Regierung und die einzelnen Verantwortlichen ermutigt, die jetzt noch vorliegenden Fragen der Europäischen Kommission schnell zu bearbeiten“. **Dem Staat soll außerdem ein NATO-Beitritt in Aussicht gestellt werden.** Hierfür sieht Deutschland „recht gute Voraussetzungen, dass wir das noch in diesem Jahr schaffen können“.

Allerdings mahnte die Bundeskanzlerin den Abschluss der Wahlrechtsreform an und wies darauf hin, dass im Kontext der Strafrechtsreform eine rechtliche Lücke bestehe. Hier müsse die Verfolgung von Korruption, organisierter Kriminalität und Terrorismus verstärkt werden, Rechtslücken seien „nicht akzeptabel“. Deutschland werde zwar als wichtiger Wirtschaftspartner durch Direktinvestitionen helfen, die Frage des Rechtsschutzes sei für die deutschen Unternehmen jedoch „von großer Bedeutung“.³³ Zudem spiele das Thema der Versöhnung in der gesamten Region „natürlich eine große Rolle“.³⁴

➤ Slowenien

Zwischen Slowenien und der Bundesrepublik existieren angesichts eines Handelsaustausches in Höhe von insgesamt 12 Mrd. Euro sehr gute wirtschaftliche Beziehungen, die weiter ausgebaut werden sollen. Der Handel habe sich in den vergangenen Jahren ausgezeichnet entwickelt; insbesondere die Automobil- und technische Industrie sind aus Sicht der Bundesregierung „sehr eng

32 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018], <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/bosnienundherzegowina-node/bosnienundherzegowina/207680> [letzter Zugriff: 16.11.2018], Agilolf Keßelring (Hg.), Wegweiser zur Geschichte Bosnien-Herzegowina, 2. Aufl. Paderborn u.a. 2007; <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/bosnienherzegowina> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

33 Bosnien-Herzegowina: Westbalkan: Europäische Perspektive stärken, 13.8.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/westbalkan-europaeische-perspektive-staerken-1506002> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

34 Im Wortlaut: Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina Bakir Izetbegović, im Bundeskanzleramt (Mitschrift Pressekonferenz), 9.5.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatements-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-vorsitzenden-des-staatspraesidiums-von-bosnien-und-herzegowina-bakir-izetbegovi%C4%87-1008444> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

miteinander verflochten. Slowenien ist aus der Perspektive der deutschen Wirtschaft auch ein verlässlicher Investitionsstandort.“³⁵

➤ Montenegro

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Montenegro wurde am 15. Oktober 2007 unterschrieben und trat im Mai 2010 in Kraft. Montenegro stellte im Dezember 2008 einen EU-Beitrittsantrag und erhielt im Dezember 2010 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Die Beitrittsverhandlungen begannen am 29. Juni 2012.³⁶ Der Staat ist seit dem 5. Juni 2017 bereits der NATO beigetreten und die Verhandlungen über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union haben schon einen hohen Grad an Konkretion erreicht. Kritische Punkte sieht die Bundesregierung allerdings noch in den Themen Rechtstaatlichkeit und Korruption.³⁷

➤ Serbien

Serbien stellte im Dezember 2009 einen EU-Beitrittsantrag und erhielt 2012 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Als Voraussetzung für die Verleihung dieses Status nannte die Europäische Kommission die Dialogführung mit Kosovo. Der von der EU unterstützte Dialog zwischen Belgrad und Pristina³⁸ begann im März 2011 unter Vermittlung der damaligen Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton. Nach einer Reihe von technischen Abkommen kam es am 19. April 2013 zur Unterzeichnung eines ersten Grundsatzabkommens über die Normalisierung der Beziehungen. Dieses Abkommen sieht unter anderem die Gründung eines Verbands von Gemeinden mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung vor. Am 21. Januar 2014 wurden daraufhin die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufgenommen.³⁹

35 Im Wortlaut: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Slowenien, Marjan Šarec, im Bundeskanzleramt (Mitschrift Pressekonferenz), 12.10.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-ministerpraesidenten-der-republik-slowenien-marjan-%C5%A1arec-1537860> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

36 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

37 Im Wortlaut: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten von Montenegro, Duško Marković, im Bundeskanzleramt (Mitschrift Pressekonferenz), 17.8.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-ministerpraesidenten-von-montenegro-du%C5%A1ko-markovi%C4%87-1514722> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

38 Pristina ist die vom Ständigen Ausschuss für Geographische Namen (StAGN) bevorzugte Bezeichnung gegenüber dem albanischen Prishtinë und dem serbischen Priština. Siehe Ständigen Ausschuss für Geographische Namen: Liste der Staatennamen und ihrer Ableitungen im Deutschen, 13. Ausgabe, Januar 2014, lfd. Nr. 86; http://www.stagn.de/SharedDocs/Downloads/DE/StAGN_Publikationen/140408_STAATENNA-MEN_13_ol.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [letzter Zugriff: 19.11.2018]

39 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018], Wolfgang Tiede/Julia Spiesberger/Clemens Bogedain, Kosovo und Serbien auf dem Weg in die Europäische Union?, in: Europarecht (EuR) 1/2014, S. 129-144.

Deutschland unterstützt Serbien und Kosovo auf ihrem Weg Richtung EU. Die EU-Kommission hatte den Westbalkan-Staaten erneut eine Beitrittsperspektive zugesichert. Allerdings nur, wenn sie die nötigen Reformen umsetzen.⁴⁰ Für Bundeskanzlerin Merkel spielt **Serbien eine Schlüsselrolle**, sowohl im Hinblick auf den Kosovo als auch mit Blick auf Bosnien und Herzegowina. In wirtschaftlicher Hinsicht pflegen Deutschland und Serbien von Jahr zu Jahr einen immer größeren Handelsaustausch: 2017 betrug dieser fast 4,4 Mrd. Euro und im ersten Quartal 2018 stieg er um weitere 12,6 Prozent. Deutschland ist damit der größte und wichtigste Handelspartner Serbiens.⁴¹

Auch im Falle Serbiens betont die Bundeskanzlerin die Wichtigkeit, die Reformen der Rechtsstaatlichkeit und des Grundrechtsschutzes weiter voranzutreiben. Man setze sich für eine genaue Prüfung der nötigen Reformschritte ein und beobachte, wie Serbien zu einer legalen vertraglichen Regelung innerhalb der nächsten Jahre mit dem Kosovo komme. Für die guten und engen Beziehungen zwischen den beiden Staaten stünden zudem die rund 400.000 Serbinnen und Serben, die in Deutschland leben.⁴²

➤ Kosovo

Der Kosovo stand nach Ende des Kosovo-Krieges 1999 unter der Verwaltung der Vereinten Nationen. Am 17. Februar 2008 erklärte das kosovarische Parlament am 17. Februar 2008 schließlich die Unabhängigkeit Kosovos, die bislang von 114 Staaten, darunter 23 EU-Mitgliedsstaaten, anerkannt wird. Unterstützt wird der Staat durch die im Februar 2008 beschlossene EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX KOSOVO, die bis dato größte zivile Mission in der Geschichte der EU. Die Mission konzentriert sich zwischenzeitlich auf die Beobachtung ausgewählter Gerichtsverfahren, die Beratung des Justizvollzugsdienstes und auf die Umsetzung der EU geförderten Dialogvereinbarungen. Das Mandat läuft bis Juni 2020. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Kosovo wurde am 27. Oktober 2015 unterzeichnet und trat am 1. April 2016 in Kraft.⁴³

Mit der **Unterzeichnung des Grenzabkommens zwischen dem Kosovo und Montenegro im August 2015 in Wien und seiner Ratifizierung** hat Kosovo eine weitere Voraussetzung der EU für eine

40 Gabriel in Serbien und Kosovo: Aussöhnung unterstützen, Reformen fördern, 15.2.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/aussoehnung-unterstuetzen-reformen-foerdern-744232> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

41 Im Wortlaut: Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem Präsidenten der Republik Serbien, Aleksandar Vučić, im Bundeskanzleramt (Mitschrift Pressekonferenz), 13.4.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatements-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-praesidenten-der-republik-serbien-aleksandar-vu%C4%8Di%C4%87-1006842> [letzter Zugriff: 14.11.2018]. Siehe weiterführend Ljubica Dordević, Serbien und die EU: Staatsreform und europäische Integration. Baden-Baden 2007.

42 Merkel empfängt Vučić: Serbien ist und bleibt enger Partner, 27.2.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/serbien-ist-und-bleibt-enger-partner-317668> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

43 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018], Bernhard Chiari/Agilolf Keßelring (Hg.), Wegweiser zur Geschichte Kosovo, 3. durchgesehene und erweiterte Auflage, Paderborn u.a. 2008; <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/kosovo?PHPSESSID=db6615152725c1d62410500aab6819d2> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

Visaliberalisierung erfüllt, andere sind allerdings noch offen, nicht zuletzt der Aufbau einer glaubwürdigen Bilanz beim Kampf gegen Organisierte Kriminalität und Korruption. Die Europäische Kommission hat zu der Erfüllung der Voraussetzungen letztmals 2016 berichtet.⁴⁴

Die deutsche Position wurde schon vom damaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel am 14. Februar 2018 in Belgrad und Pristina verdeutlicht: **Eine EU-Mitgliedschaft wird für Serbien und Kosovo nur möglich, wenn beide die notwendigen Reformen effektiv umsetzen. Insbesondere bei den Themen Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Regierungsführung ist ein Wandel nötig.** Korruption und organisierte Kriminalität müssen energisch bekämpft und unabhängige Institutionen gestärkt werden. Noch wichtiger sei außerdem eine Aussöhnung unter den Nachbarländern.⁴⁵

➤ Mazedonien

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mazedonien wurde am 24. November 2000 unterzeichnet und trat am 1. April 2004 in Kraft. Mazedonien stellte am 22. März 2004 einen EU-Beitrittsantrag und erhielt am 16. Dezember 2005 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Der weitere Weg Richtung EU- sowie NATO-Beitritt wurde danach durch die ungelöste Namensfrage mit Griechenland blockiert. Diese gründete darauf, dass Griechenland den Namen „Republik Mazedonien“ nicht akzeptieren wollte, da Athen Territorialansprüche auf seine gleichnamige nördliche Provinz befürchtete. Als Mitglied der Vereinten Nationen führt Mazedonien daher bislang den Namen „frühere jugoslawische Republik Mazedonien“ (fYRoM). Am 17. Juni 2018 konnte ein diesbezügliches Abkommen unterzeichnet werden, das den Weg für eine Entscheidung des Rats der Europäischen Union am 26. Juni 2018 ebnete. Dieser stellte die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen für Juni 2019 in Aussicht, soweit bestimmte Kriterien, insbesondere im Rechtsstaatlichkeitsbereich, erfüllt werden.

Am 30. September 2018 scheiterte in Mazedonien ein konsultatives Referendum zum Abkommen mit Griechenland an der zu geringen Wahlbeteiligung von weit unter 50 Prozent (36,8), weswegen es keine rechtliche Bindung entwickelt.⁴⁶ Mit einer Zweidrittel-Mehrheit hat das mazedonische Parlament indes am 19. Oktober 2018 den entsprechenden Verfassungsänderungsprozess zur Namensänderung auf den Weg gebracht.⁴⁷

44 Kosovo und Montenegro: Bundesregierung begrüßt Grenzeinigung, 23.3.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundesregierung-begruesst-grenzeinigung-845554> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

45 Gabriel in Serbien und Kosovo: Aussöhnung und Reformen fördern; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/bm-reisen/serbien-kosovo/1516756> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

46 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

47 Siehe z.B. <https://www.dw.com/de/mazedonien-parlament-stimmt-f%C3%BCr-neuen-namen/a-45965252> [letzter Zugriff: 19.11.2018]

Die Bundesregierung lobt das „anspruchsvolle Reformprogramm“ des mazedonischen Ministerpräsidenten. Es gehe in Mazedonien nicht zuletzt um Fortschritte in den Fragen Transparenz der staatlichen Institutionen und in juristischen Fragen.⁴⁸

Deutschland ist angesichts eines Anteils von 57 Prozent des gesamten Außenhandels der wichtigste Handelspartner Mazedoniens. Der Handelsaustausch mit Deutschland beläuft sich auf etwa 3,15 Mrd. Euro, rund 200 deutsche Unternehmen sind Partner mazedonischer Unternehmen und haben mehr als 15.000 Arbeitsplätze im Land geschaffen. Umgekehrt leben etwa 95.000 Mazedonierinnen und Mazedonier in Deutschland. Die Bundesregierung – und die Bundeskanzlerin „auch ganz persönlich“ – setzen sich für noch intensivere Beziehungen ein und fördern gerade die Perspektive der jungen Menschen in Mazedonien mit zusätzlich 2,5 Mio. Euro, um die Berufsausbildung junger Menschen im Land zu fördern. Aus Sicht der Bundesregierung „ist die Hoffnung sozusagen zum Greifen nah, dass wir entscheidende Schritte vorankommen, damit Sie in die Familie der NATO und der Europäischen Union aufgenommen werden können“.⁴⁹

4. Beitrittsperspektiven der Westbalkanstaaten zur NATO

Albanien und **Kroatien** sind seit dem 1. April 2009 Mitglied der NATO, **Montenegro** folgte am 5. Juni 2017. **Mazedonien** wurde im Juli 2018 zu Beitrittsverhandlungen eingeladen,⁵⁰ **Bosnien und Herzegowina** steht weiterhin als Beitrittskandidat an⁵¹.

➤ Mazedonien

Die Bundesregierung setzt sich intensiv dafür ein, den Staat „in die Familie der NATO“ aufzunehmen. Aus deutscher und europäischer Sicht besteht ein großes Interesse an einer stabilen Region,

48 Merkel empfängt Zaev: Annäherung an EU unterstützen, 21.2.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/annaehderung-an-eu-unterstuetzen-317704> [letzter Zugriff: 14.11.2018]

49 Im Wortlaut: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Zaev, in Skopje (Mitschrift Pressekonferenz), 8.9.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-ministerpraesidenten-der-ehemaligen-jugoslawischen-republik-mazedonien-zaev-1524438> [letzter Zugriff: 14.11.2018], <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/mazedonien-node/bilateral/207604> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

50 Humeyra Pamuk, NATO formally invites Macedonia to join alliance, 11.7.2018; <https://www.reuters.com/article/us-nato-summit-declaration/nato-formally-invites-macedonia-to-join-alliance-idUSKBN1K12AR> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

51 Fokus Osteuropa: NATO-Gipfel beschließt nur kleine Erweiterungsrunde; 3.4.2008; <https://www.dw.com/de/nato-gipfel-beschlie%C3%9Ft-nur-kleine-neue-erweiterungsrunde/a-3242540> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

weil sie mitentscheidend für die Stabilität der ganzen EU sei. In jedem Fall muss dazu allerdings der Streit mit Griechenland eine Lösung finden.⁵²

➤ **Bosnien und Herzegowina**

Deutschland sieht „recht gute Voraussetzungen“, dass der NATO-Beitritt Bosnien und Herzegowinas „noch in diesem Jahr“ realisiert werden kann. Dazu soll der sogenannte Membership Action Plan (MAP) aktiviert werden, der die Vorstufe zu einem Beitritt zur westlichen Verteidigungsallianz darstellt.⁵³ Dafür muss das Land allerdings noch Bedingungen zu erfüllen, doch Bosnien-Herzegowina ist außenpolitisch gespalten. Offiziell strebt das Land zwar eine EU- und NATO-Mitgliedschaft an, doch intern gibt es dagegen starke Widerstände in Teilen der politischen Elite und der Bevölkerung. Außerdem verfolgt **Russland das Ziel, sich ein Mitspracherecht in der Außenpolitik der Westbalkan-Staaten zu sichern, um vor allem zusätzliche NATO-Erweiterungen zu verhindern, durch die aus Sicht des Kreml die eigene nationale Sicherheit bedroht würde.** Im Oktober 2017 verabschiedete das Parlament der Republika Srpska (RS) deswegen eine Resolution, welche die Entität für militärisch neutral erklärte. Die Deklaration ist zwar nicht bindend für das zentralstaatliche Präsidium, das über die Außenpolitik des Landes entscheidet, aber mit der Resolution folgte die RS dem Vorbild **Serbiens**, das 2007 seine militärische Neutralität verkündet hatte.⁵⁴

5. Die Beziehungen Griechenlands zu den Staaten des Westbalkans

Nach der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg und dem darauffolgenden blutigen Bürgerkrieg (1946-49) garantierte die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands seit 1952 dessen Westorientierung. Nach der Überwindung der Militärdiktatur (1967-74) hat dann vor allem der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (1981) entscheidend zur Konsolidierung der griechischen Demokratie

52 Im Wortlaut: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Zaev, in Skopje (Mitschrift Pressekonferenz), 8.9.2018; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-ministerpraesidenten-der-ehemaligen-jugoslawischen-republik-mazedonien-zaev-1524438> [letzter Zugriff: 14.11.2018], <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/mazedonien-node/bilateral/207604> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

53 Merkel – Bosnien hat Chance auf Nato-Annäherung noch 2018; 13.8.2018; <https://de.reuters.com/article/nato-bosnien-merkel-idDEKBN1KY1LZ> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

54 Sonja Schiffers, Gespaltenes Bosnien-Herzegowina Mit Moskaus Unterstützung bremsst die Republika Srpska die EU- und Nato-Beitrittsprozesse, in: SWP aktuell Nr. 47 September 2018; <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

beigetragen und einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung befördert – nicht zuletzt durch Leistungen der EU (seinerzeit EWG) aus den Regional-, Struktur- und Agrarfonds.⁵⁵

Traditionelle Schwerpunkte der griechischen Außenpolitik blieben dabei die Stabilisierung der Staaten des Westlichen Balkans, die Verbesserung der Beziehungen zum Nachbarn Türkei, die Lösung der Zypernfrage sowie die Beilegung des Namensstreits mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Aktuell ist vor allem in den Beziehungen zur Türkei weiterhin die Flüchtlingsfrage prioritär. **Athen unterstützt sogar eine EU-Mitgliedschaft der Türkei unter der Voraussetzung, dass zuvor alle Beitrittskriterien, einschließlich der Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen, durch Ankara erfüllt werden.** Davon erhofft man sich in Griechenland wirtschaftliche Chancen, mehr Stabilität in der Region und die Lösung wichtiger bilateraler Probleme.

Insbesondere mit der Aufnahme Zyperns in die EU, aber auch der von Bulgarien und Rumänien hat Athen wichtige strategische Ziele erreicht. Es betont nachdrücklich die EU-Perspektive der anderen Balkanstaaten, weil es sich auch davon ein höheres Maß an Stabilität in seiner unmittelbaren Nachbarschaft verspricht. **Traditionell gute Beziehungen unterhält Griechenland zu Serbien; derzeit laufen aber auch Verhandlungen mit Albanien zur Lösung offener bilateraler Fragen.**

Athen versteht sich dezidiert als stabilisierender Faktor auf dem Balkan und setzt sich daher grundsätzlich für die euro-atlantische Beitrittsperspektive aller Westbalkanstaaten ein. Veritable zwischenstaatliche Probleme existieren lediglich mit der Republik Mazedonien, dessen Staatsnamen die griechische Regierung ablehnt. Die VN-Vollversammlung forderte zwar bereits 1993 eine Lösung, doch erst am 17. Juni 2018 konnten sich beide Seiten endlich auf ein entsprechendes Abkommen verständigen, das als neuen Landesnamen „Nordmazedonien“ festlegt. Der entsprechende Ratifizierungsprozess sollte bis Ende 2018 abgeschlossen werden.⁵⁶ Trotz des am 30. September 2018 gescheiterten mazedonischen Referendums⁵⁷ hat das mazedonische Parlament den entsprechenden Verfassungsänderungsprozess am 19. Oktober 2018 mit einer Zweidrittel-Mehrheit auf den Weg gebracht.⁵⁸

55 Andreas Stergiou, Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die Europäische Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35-37/2012; <http://www.bpb.de/apuz/142837/griechenland-und-die-europaeische-union?p=all> [letzter Zugriff: 16.11.2018]

56 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/griechenland-node/-/211588> [letzter Zugriff: 16.11.2018], <http://www.un.org/documents/ga/res/47/a47r225.htm> [letzter Zugriff: 16.11.2018], Eberhard Rondholz, Griechenland: Ein Länderporträt. Berlin 2011, Heinz A. Richter, Griechenland im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. 2. erweiterte Auflage, Ruhpolding 2010.

57 <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> [letzter Zugriff: 15.11.2018]

58 Siehe z.B. <https://www.dw.com/de/mazedonien-parlament-stimmt-f%C3%BCr-neuen-namen/a-45965252> [letzter Zugriff: 19.11.2018]

Die politische Rolle, die sich Athen selbst zuschreibt, ist nicht zuletzt historisch begründet. Es war neben den serbischen Aufständen von 1804 und 1815 vor allem der griechische Befreiungskrieg von 1821 bis 1829, der die **Zurückdrängung des Osmanischen Reiches** einläutete, das bis dato den gesamten Balkanraum seit dem 17. Jahrhundert erobert und besetzt hatte. In der Folge wurde binnen eines Jahrhunderts bis zu den Balkankriegen von 1912/13 die politische Landkarte des Balkanraums vollständig verändert: Die (teilweise) neu entstandenen Staaten Albanien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien teilten sich den Raum mit Österreich-Ungarn, das seit dem Berliner Kongress 1878 auch das formal noch osmanische Bosnien und die Herzegowina verwaltete und 1908 schließlich annektierte, und dem Osmanischen Reich, das am Ende dort nur mehr Ost-Thrakien zu halten vermochte.⁵⁹

Die postosmanischen Staats- und Nationenbildungen waren beinahe mehr noch als von den Rivalitäten der Großmächte von heftigen und mitunter ausufernd brutalen innerbalkanischen Auseinandersetzungen geprägt. Dabei nahm die Zahl der Agierenden ständig zu, weil neben den staatlichen auch eine Vielzahl privater und halbprivater Akteure nationale Vereinigungen betrieben. Die zunehmend asymmetrische Gewaltausübung zeitigte dramatische Folgen, indem die Grenzen zwischen militärischen, paramilitärischen und irregulären Verbänden auf der einen Seite und der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite zunehmend verwischten. So kam es im Zuge der Balkankriege von 1912/13 erstmals in der modernen europäischen Geschichte zu ethnischen Säuberungen im großen Stil. **Dadurch verschärften sich nicht nur die Konflikte, auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung veränderte sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts infolge von Flucht und Auswanderung einerseits sowie Vertreibung, Umsiedlung und Massenmord andererseits mehrfach und grundlegend.** Mit fast jeder neuen Staatsbildung und Grenzveränderung multiplizierte sich die Zahl der Minderheiten, die von der jeweiligen Mehrheit im Kampf um knappe Ressourcen entweder als Konkurrenten, Sicherheitsrisiko oder Modernisierungshemmnis betrachtet wurden.⁶⁰

Über die zahlreichen regionalen Konflikte hinaus, boten vor allen Dingen die beiden Weltkriege Profitierungsoptionen für die eine oder andere Seite, was sich besonders drastisch im Zweiten Weltkrieg im brutalen Kampf zwischen der kroatischen Ustaša-Bewegung, die mit dem nationalsozialistischen Deutschland paktierte, und den serbischen Tschetniks (Četnici) abbildete.⁶¹ Angesichts dieser Gewaltgeschichte in ständigen wechselnden Koalitionen in der Region ist es nur verständlich, dass sich die Staaten des Westbalkans größtenteils sehr motiviert in den „Berliner Prozess“ einbringen.

59 Siehe im Überblick Holm Sundhaussen, Staatsbildung und ethnisch-nationale Gegensätze in Südosteuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2003, S. 3-9, sowie weiterführend Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt. Hrsg. im Auftrag des MGFA von Bernhard Chiari und Gerhard P. Groß. München 2009.

60 Detlef Brandes/Holm Sundhaussen/Stefan Troebst, Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien u.a. 2010,

61 Holm Sundhaussen, Četnici, in: Ders./Edgar Hösch/Karl Nehring (Hg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien u.a. 2004, S. 164f., Alexander Korb, Im Schatten des Weltkriegs. Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien 1941-1945. Hamburg 2013.